

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

33. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 15. Dezember 1979

Nummer 69

Glied-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2005 236	20. 11. 1979	Verordnung über die Zuständigkeiten der Finanzbauämter und der Staatshochbauämter des Landes Nordrhein-Westfalen	902
2011	27. 11. 1979	Vierte Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung	903
2061	11. 12. 1979	Gesetz zur Änderung des Straßenreinigungsgesetzes NW (StrReinG NW)	914
21281	26. 10. 1979	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Anerkennung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Erholungsort	907
231	20. 11. 1979	Erste Verordnung zur teilweisen Aufhebung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs Bonn-Parlaments- und Regierungsviertel	907
301	2. 11. 1979	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Landwirtschaftssachen	908
311	2. 11. 1979	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuweisung von Familiensachen	908
311	5. 11. 1979	Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bildung gemeinsamer Amtsgerichte für Konkursachen	908
311	12. 11. 1979	Verordnung zur Änderung der Ersten und Fünften Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten	909
311	14. 11. 1979	Verordnung zur Änderung der Verordnungen über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Strafsachen gegen Erwachsene und in Jugendstrafsachen	909
91	29. 10. 1979	Verordnung über die Festlegung eines Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Neubau der Bundesautobahn 52 zwischen der Frillendorfer Straße (L 191) in Frillendorf und der A 42 in Altenessen im Bereich der Stadt Essen	910
92	4. 12. 1979	Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden und Sachverständigen für die Ausführung des Europäischen Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)	915
97	27. 11. 1979	Verordnung NW TS Nr. 5/79 zur Änderung der Verordnung NW TS Nr. 1/77 über einen Tarif für die Beförderung von Getreide im Dauereinsatz im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen	913

2005
236

**Verordnung
über die Zuständigkeiten der Finanzbauämter
und der Staatshochbauämter des Landes
Nordrhein-Westfalen
Vom 20. November 1979**

Aufgrund des § 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 7 Abs. 4 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 1979 (GV. NW. S. 488), wird verordnet:

Abschnitt I

Finanzbauämter

§ 1

(1) Es wird ein Finanzbauamt mit der Bezeichnung Finanzbauamt Rheine errichtet. Der Bezirk des Amtes umfaßt das Gebiet des Kreises Steinfurt.

(2) Die Hauptbauleitung Coesfeld wird in ein Finanzbauamt mit der Bezeichnung Finanzbauamt Coesfeld umgewandelt. Der Bezirk des Amtes umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Bottrop und Gelsenkirchen sowie der Kreise Borken, Coesfeld und Recklinghausen.

(3) Das Finanzbauamt Münster-West wird aufgelöst.

§ 2

(1) Der Bezirk des Finanzbauamts Aachen umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Aachen sowie des Kreises Aachen.

(2) Der Bezirk des Finanzbauamts Bielefeld umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Bielefeld sowie der Kreise Gütersloh, Herford und Minden-Lübbecke.

(3) Der Bezirk des Finanzbauamts Bonn umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises.

(4) Der Bezirk des Finanzbauamts Dortmund umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm und Herne, des Ennepe-Ruhr-Kreises sowie des Kreises Unna.

(5) Der Bezirk des Finanzbauamts Düren umfaßt das Gebiet der Kreise Düren und Euskirchen.

(6) Der Bezirk des Finanzbauamts Düsseldorf umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Düsseldorf.

(7) Der Bezirk des Finanzbauamts Erkelenz umfaßt das Gebiet des Kreises Heinsberg.

(8) Der Bezirk des Finanzbauamts Iserlohn umfaßt das Gebiet des Märkischen Kreises sowie der Kreise Olpe und Siegen.

(9) Der Bezirk des Finanzbauamts Krefeld umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Duisburg und Krefeld sowie des Kreises Viersen.

(10) Der Bezirk des Finanzbauamts Köln-Ost umfaßt das rechtsrheinische Gebiet der kreisfreien Stadt Köln sowie das Gebiet der kreisfreien Stadt Leverkusen, des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Oberbergischen Kreises.

(11) Der Bezirk des Finanzbauamts Köln-West umfaßt das linksrheinische Gebiet der kreisfreien Stadt Köln und das Gebiet des Erftkreises.

(12) Der Bereich des Finanzbauamts Mönchengladbach umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Mönchengladbach sowie des Kreises Neuss.

(13) Der Bezirk des Finanzbauamts Mülheim a. d. Ruhr umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen und Wuppertal sowie des Kreises Mettmann.

(14) Das Finanzbauamt Münster-Ost erhält die Bezeichnung Finanzbauamt Münster. Der Bezirk des Amtes umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Münster und des Kreises Warendorf.

(15) Der Bezirk des Finanzbauamts Paderborn umfaßt das Gebiet der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn.

(16) Der Bezirk des Finanzbauamts Soest umfaßt das Gebiet des Hochsauerlandkreises und des Kreises Soest.

(17) Der Bezirk des Finanzbauamts Wesel umfaßt das Gebiet der Kreise Kleve und Wesel.

Abschnitt II

Staatshochbauämter

§ 3

(1) Der Bezirk des Staatshochbauamts Aachen umfaßt, unbeschadet der Zuständigkeit des Staatshochbauamts für die Technische Hochschule Aachen, das Gebiet der kreisfreien Stadt Aachen sowie der Kreise Aachen, Düren und Heinsberg.

(2) Der Bezirk des Staatshochbauamts Bielefeld umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Bielefeld sowie der Kreise Gütersloh, Herford und Minden-Lübbecke.

(3) Der Bezirk des Staatshochbauamts Bonn umfaßt, unbeschadet der Zuständigkeit des Staatshochbauamts für die Universität Bonn, das Gebiet der kreisfreien Stadt Bonn, des Kreises Euskirchen und des Rhein-Sieg-Kreises.

(4) Der Bezirk des Staatshochbauamts Detmold umfaßt das Gebiet der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn.

(5) Der Bezirk des Staatshochbauamts Dortmund umfaßt, unbeschadet der Zuständigkeit der Staatshochbauämter für die Universitäten Bochum und Dortmund, das Gebiet der kreisfreien Städte Bochum, Dortmund, Hagen und Herne sowie des Ennepe-Ruhr-Kreises und des Märkischen Kreises.

(6) Der Bezirk des Staatshochbauamts Düsseldorf umfaßt, unbeschadet der Zuständigkeit des Staatshochbauamts für die Universität Düsseldorf, das Gebiet der kreisfreien Stadt Düsseldorf.

(7) Der Bezirk des Staatshochbauamts Essen umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Duisburg, Essen, Mülheim a. d. Ruhr und Oberhausen.

(8) Der Bezirk des Staatshochbauamts Köln umfaßt, unbeschadet der Zuständigkeit des Staatshochbauamts für die Universität Köln, das Gebiet der kreisfreien Städte Köln und Leverkusen, des Erftkreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Oberbergischen Kreises.

(9) Das Staatshochbauamt Mönchengladbach erhält die Bezeichnung Staatshochbauamt Krefeld. Der Bezirk des Amtes umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Krefeld und Mönchengladbach sowie der Kreise Kleve, Neuss mit Ausnahme der Pädagogischen Hochschule Rheinland – Abteilung Neuss –, Viersen und Wesel.

(10) Der Bezirk des Staatshochbauamts Münster umfaßt, unbeschadet der Zuständigkeit des Staatshochbauamts für die Universität Münster, das Gebiet des Regierungsbezirks Münster.

(11) Der Bezirk des Staatshochbauamts Siegen umfaßt das Gebiet der Kreise Olpe und Siegen.

(12) Der Bezirk des Staatshochbauamts Soest umfaßt das Gebiet der kreisfreien Stadt Hamm, des Hochsauerlandkreises und der Kreise Soest und Unna.

(13) Der Bezirk des Staatshochbauamts Wuppertal umfaßt das Gebiet der kreisfreien Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal sowie des Kreises Mettmann.

§ 4

Die Staatshochbauämter Arnsberg, Hagen, Kleve, Paderborn und Wesel werden aufgelöst.

§ 5

(1) Das Staatshochbauamt für die Technische Hochschule Aachen ist zuständig für die Technische Hochschule Aachen, die Pädagogische Hochschule Rheinland – Abteilung Aachen –, die Fachhochschule Aachen und das Grenzlandinstitut der Staatlichen Hochschule für Musik Rheinland.

(2) Das Staatshochbauamt für die Universität Bochum ist zuständig für die Universität Bochum und die Fachhochschule Bochum – ohne Abteilung Gelsenkirchen –.

(3) Das Staatshochbauamt für die Universität Bonn ist zuständig für die Universität Bonn und die Pädagogische Hochschule Rheinland – Abteilung Bonn –.

(4) Das Staatshochbauamt für die Universität Dortmund ist zuständig für die Universität Dortmund, die Pädagogische Hochschule Ruhr, die Fachhochschule Dortmund und die Abteilung Dortmund der Staatlichen Hochschule für Musik Westfalen-Lippe.

(5) Das Staatshochbauamt für die Universität Düsseldorf ist zuständig für die Universität Düsseldorf, die Pädagogische Hochschule Rheinland – Abteilung Köln und Abteilung für Heilpädagogik –, die Fachhochschule Düsseldorf, die Staatliche Kunstakademie Düsseldorf – ohne Abteilung Institut für Kunsterzieher Münster – und das Robert-Schumann-Institut der Staatlichen Hochschule für Musik Rheinland.

(6) Das Staatshochbauamt für die Universität Köln ist zuständig für die Universität Köln, die Deutsche Sporthochschule Köln, die Pädagogische Hochschule Rheinland – Abteilung Köln und Abteilung für Heilpädagogik –, die Fachhochschule Köln, die Staatliche Hochschule für Musik Rheinland – ohne Grenzlandinstitut Aachen, Robert-Schumann-Institut Düsseldorf, Institut Wuppertal – und das Bibliothekar-Lehrinstitut des Landes Nordrhein-Westfalen.

(7) Das Staatshochbauamt für die Universität Münster ist zuständig für die Universität Münster, die Pädagogische Hochschule Westfalen-Lippe – Abteilung Münster –, die Fachhochschule Münster, die Abteilung Institut für Kunsterzieher Münster der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf, die Abteilung Münster der Staatlichen Hochschule für Musik Westfalen-Lippe und die Abteilung Gelsenkirchen der Fachhochschule Bochum.

(8) Das Staatshochbauamt für die Kernforschungsanlage Jülich ist zuständig für die Kernforschungsanlage Jülich GmbH in Jülich.

Abschnitt III Inkrafttreten

§ 6

- (1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.
(2) Gleichzeitig treten außer Kraft
1. die Verordnung zur Änderung von Bezirken der Staatshochbauämter vom 7. Januar 1965 (GV. NW. S. 4),
 2. die Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Finanzbauämter und der Staatshochbauämter im Neugliederungsraum Aachen vom 12. September 1972 (GV. NW. S. 271),
 3. die Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Finanzbauämter und der Staatshochbauämter im Neugliederungsraum Bielefeld vom 12. Juni 1973 (GV. NW. S. 358),
 4. die Verordnung über die Zusammenlegung der Staatshochbauämter Münster I, Münster II und Recklinghausen vom 12. Februar 1974 (GV. NW. S. 69).

Düsseldorf, den 20. November 1979

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

(L. S.)

Der Finanzminister
Posser

– GV. NW. 1979 S. 902.

2011

Vierte Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung Vom 27. November 1979

Auf Grund des § 2 Abs. 2 Satz 1 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NW) vom 23. November 1971 (GV. NW. S. 354), geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 1977 (GV. NW. S. 354), wird verordnet:

Artikel I

Die Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 98), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Dezember 1978 (GV. NW. S. 612), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach Tarifstelle 30 angefügt:
31 Rechtsbehelfe
2. Bei der Tarifstelle 1.1.5 werden in der Spalte Gegenstand nach den Wörtern „verpflichtet ist“ die Wörter angefügt:
; die Gebühr umfaßt auch die notwendigen Auslagen
3. Bei den Tarifstellen 2.1.6.10, 2.2.15 und 2.9.4 wird jeweils hinter den Zeilen „je angefangene Stunde“ und „jedoch mindestens“ in der Spalte Gebühr die Zahl „50“ durch die Zahl „55“ ersetzt.
4. Die Tarifstelle 2.2.8 erhält in der Spalte Gebühr folgende Fassung:
 $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ der Gebühr nach den Tarifstellen 2.1.1 bis 2.1.5 oder 2.2.10 Nr. 2 a
5. Bei der Tarifstelle 2.5.1 wird in der Spalte Gegenstand nach den Wörtern „Gebühren nach Tarifstellen 2.1.1 bis 2.1.5“ eingefügt:
oder 2.2.10 Nr. 2 a

6. Die Tarifstelle 2.5.2 wird wie folgt geändert: In der Spalte Gegenstand wird nach den Wörtern „einer durch Fristablauf erloschenen Baugenehmigung“ eingefügt:
oder Zustimmung zu einer Bauanzeige
In der Spalte Gebühr wird nach den Wörtern „Tarifstellen 2.1.1 bis 2.1.5“ eingefügt:
oder 2.2.10 Nr. 2 a
7. Bei der Tarifstelle 2.5.5 wird in der Spalte Gegenstand nach den Wörtern „Gebühren nach den Tarifstellen 2.1.11 und 2.1.12“ eingefügt:
oder 2.2.3
8. Die Tarifstelle 2.5.6 erhält in der Spalte Gegenstand folgende Fassung:
Wird eine Baugenehmigung oder die Zustimmung zu einer Bauanzeige nach vorangegangener Typengenehmigung (§ 92 BauO NW) durch die untere Bauaufsichtsbehörde erteilt, so ermäßigt sich die Gebühr nach den Tarifstellen 2.1.1, 2.1.2 oder 2.2.10 Nr. 2 a für jede bauliche Anlage um die Hälfte.
9. Die Tarifstelle 2.6.1 erhält folgende Fassung:
Befreiungen
- | | |
|--|----|
| a) nach § 31 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes | |
| je Befreiungstatbestand und je Festsetzung, von der befreit wird | 20 |
| jedoch mindestens | 50 |
| b) nach § 86 Abs. 2 der Landesbauordnung | |
| je Befreiungstatbestand und je Vorschrift, von der befreit wird | 30 |
| jedoch mindestens | 50 |
10. Die Tarifstelle 2.6.2 erhält folgende Fassung:
Zustimmung zu Befreiungen durch die obere oder oberste Bauaufsichtsbehörde in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen gebührenfrei
11. Bei der Tarifstelle 2.9.2 wird in der Spalte Gebühr hinter der Zeile „je angefangene Stunde“ die Zahl „50“ durch die Zahl „55“ ersetzt.
12. Die Tarifstellen 5.1 und 5.2 erhalten folgende Fassung:
- | | | |
|-------|--|----|
| 5.1 | Auskunft aus dem Melderegister (aus der Einwohnerdatei), mit Ausnahme der Auskünfte an die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) in Köln. | |
| 5.1.1 | Auskunft gem. § 36 Abs. 2 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NW) | |
| | je Betroffenen | 3 |
| 5.1.2 | Erweiterte Auskunft | |
| | je Betroffenen | 5 |
| 5.1.3 | Auskunft, deren Erteilung einen größeren Verwaltungsaufwand erforderlich macht, z. B. durch Rückgriff auf Mikrofilmarchive, ältere oder abgelegte Register | |
| | je Betroffenen | 6 |
| 5.1.4 | Auskunft, für die örtliche Ermittlungen erforderlich sind, | |
| | je Betroffenen | 10 |
| 5.2 | Aufenthaltsbescheinigung | 3 |
13. Bei der Tarifstelle 8.2.5 werden in der Spalte Gebühr die Zahl „100“ durch die Zahl „20“ und die Zahl „300“ durch die Zahl „40“ ersetzt.
14. Die Tarifstelle 10.5.4 erhält folgende Fassung:
- | | | |
|--------|---|------------|
| 10.5.4 | Exportbescheinigungen, Bescheinigungen nach §§ 72 oder 73 AMG (einschließlich Tierarzneimittel) | |
| | je Arzneimittel | 10 bis 200 |

15. Die Tarifstellen 12.3 und 12.3.1 werden gestrichen.
16. Die Tarifstelle 12.13.1 erhält folgende Fassung:
- | | |
|--|--------------|
| 12.13.1 a) Erlaubnis zum Aufstellen
von Spielgeräten (§ 33 c Abs. 1 GewO) | 100 bis 2000 |
| b) Bestätigung über die Geeignetheit eines Aufstellungsortes für
Spielgeräte (§ 33 c Abs. 3 GewO) | 60 |
17. Nach Tarifstelle 15 a. 3.6.1 wird folgende neue Tarifstelle 15 a.3.7 eingefügt:
- | | |
|--|-----------|
| 15 a.3.7 Durchführung der Emissionserklärungsverordnung –
11. BImSchV – vom 20. Dezember 1978 (BGBl. I S. 2027) | |
| 15 a.3.7.1 Fristverlängerung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 der 11. BImSchV | 30 bis 60 |
| 15 a.3.7.2 Weitere Fristverlängerung nach § 3 Abs. 2 Satz 4 der 11.
BImSchV | 30 bis 60 |
18. Die Tarifstelle 15 a.5 wird wie folgt neu gefaßt:
- | | |
|--|------------|
| 15 a.5 Durchführung der Smog-Verordnung vom 29. Oktober 1974 (GV.
NW. S. 1432), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Ok-
tober 1978 (GV. NW. S. 540) | |
| 15 a.5.1 Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 9 Abs. 2 Satz 1
2. Halbsatz der Smog-Verordnung
je Fahrzeug | 20 bis 100 |
| 15 a.5.2 Gestattung des Betriebes bei Versäumung der Anzeigefrist nach
§ 12 Abs. 2 Satz 4 der Smog-Verordnung | 50 bis 500 |
| Die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 9 Abs. 2
Satz 1 1. Halbsatz, nach § 11 Abs. 3 und nach § 12 Abs. 2 Satz 5 der
Smog-Verordnung ist gebührenfrei. | |
19. Die Tarifstelle 18.1 erhält folgende Fassung:
- | | |
|---|------|
| Begleitung von Schwertransporten durch die Polizei,
für jeden begonnenen Begleitkilometer je Begleitfahrzeug | 3,30 |
| mindestens je Einsatz | 35 |
20. Bei Tarifstelle 26.1.2 werden in der Spalte Gegenstand in Zeile 5 die Wör-
ter „vom 5. April 1976 (BGBl. I S. 914)“ ersetzt durch die Wörter „vom
27. September 1978 (BGBl. I S. 1618)“.
21. Bei Tarifstelle 26.1.3 werden in der Spalte Gegenstand in Zeile 2 ein Kom-
ma und die Wörter „geändert durch Verordnung vom 14. März 1978 (BGBl.
I S. 400)“ angefügt.
22. Bei Tarifstelle 26.1.10 wird in der Spalte Gegenstand der Klammerzusatz
„(§ 17 Nr. 17 VG)“ ersetzt durch „(§ 17 d VG)“.
23. In der Überschrift vor Tarifstelle 26.1.16 werden in der Spalte Gegenstand
in Zeile 5 die Wörter „31. März 1971 (GV. NW. S. 115)“ ersetzt durch die
Wörter „21. Oktober 1977 (GV. NW. S. 374)“.
24. Die Tarifstelle 28.1.4 erhält folgende Fassung:
- | | |
|---|--------------|
| 28.1.4 Amtshandlungen nach den §§ 19 h und 19 l WHG | |
| 28.1.4.1 Eignungsfeststellung für Anlagen, Anlagenteile und technische
Schutzvorkehrungen, die nicht einfacher oder herkömmlicher
Art sind, nach § 19 h Abs. 1 Satz 1 WHG | 60 bis 600 |
| 28.1.4.2 Bauartzulassung für serienmäßig hergestellte Anlagen, Anla-
genteile und technische Schutzvorkehrungen, die nicht einfacher
oder herkömmlicher Art sind, nach § 19 h Abs. 1 Satz 2 WHG | 60 bis 600 |
| 28.1.4.3 Zulassung von Betrieben, die Anlagen zum Lagern, Abfüllen und
Umschlagen einbauen, aufstellen, instandhalten, instandsetzen
oder reinigen, nach § 19 l WHG | 200 bis 2000 |

25. Nach Tarifstelle 30.5 wird angefügt:

31 Rechtsbehelfe	
Erteilung von Bescheiden über Widersprüche	
– wenn und soweit sie zurückgewiesen werden –	
a) Dritter, die sich durch die Sachentscheidung beschwert fühlen, . . .	5 bis 1 000
b) gegen Kostenentscheidungen	5 bis 200

Artikel II

Der Innenminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung in der ab 1. Februar 1980 geltenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlautes zu beseitigen.

Artikel III

Die Regelung zu Tarifstelle 12.13.1 tritt am 1. Februar 1980, die Verordnung im übrigen tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Düsseldorf, den 27. November 1979

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.)

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Innenminister
Hirsch

Der Finanzminister
Posser

21281

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die
Anerkennung von Gemeinden oder Gemeindeteilen
als Erholungsort
Vom 26. Oktober 1979**

Aufgrund des § 16 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes über Kurorte im Lande Nordrhein-Westfalen (KOG) vom 8. Januar 1975 (GV. NW. S. 12) wird im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Anerkennung von Gemeinden oder Gemeindeteilen als Erholungsort (EVO) vom 30. März 1976 (GV. NW. S. 130) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

(4) Ist die Erfüllung der Voraussetzungen nach § 1 Abs. 2 und 3 und nach § 2 Abs. 1 gewährleistet und liegt für die Nutzung nichtbebauter Flächen im Erholungsgebiet eine beschlossene Entwicklungsplanung vor oder ist ein Landschaftsplan (§ 10 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes vom 18. Februar 1975 - GV. NW. S. 190 -, geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1978 - GV. NW. S. 290 -) beschlossen, kann insoweit auf Antrag der Gemeinde auf die Festsetzung in einem Bebauungsplan verzichtet werden. Ist weder eine Entwicklungsplanung noch ein Landschaftsplan beschlossen, kann ausnahmsweise auf die Festsetzung in einem Bebauungsplan verzichtet und die Erfüllung der Voraussetzungen nach § 1 Abs. 2 und 3 und nach § 2 Abs. 1 durch Auflagen gesichert werden.

b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und erhält folgenden Wortlaut:

(6) Für das Erholungsgebiet darf nicht zu erwarten sein, daß in ihm schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) auftreten, die dem Erholungsortcharakter zuwiderlaufen.

2. § 13 Abs. 2 wird um folgenden Satz 2 ergänzt:

Eine Auflage nach § 2 Abs. 1 bis 4 kann auch dann erteilt werden, wenn anzunehmen ist, daß die Voraussetzungen innerhalb von längstens fünf Jahren vollständig erfüllt sein werden.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 26. Oktober 1979

Der Minister
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedhelm Farthmann

- GV. NW. 1979 S. 907.

231

**Erste Verordnung
zur teilweisen Aufhebung
des städtebaulichen Entwicklungsbereichs
Bonn-Parlaments- und Regierungsviertel
Vom 20. November 1979**

Aufgrund des § 53 Abs. 1 des Städtebauförderungsgesetzes (StBauFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2318), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949), wird verordnet:

§ 1

Die durch Verordnung vom 17. Dezember 1974 (GV. NW. 1975 S. 46) erfolgte förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs Bonn-Parlaments- und Regierungsviertel wird für folgende Grundstücke und Grundstücksteile aufgehoben:

Gemarkung Dottendorf

Flur 1

Flurstücke Nr. 15/1, 15/2, 520/135, 522/135, 136/3, 136/4, 445/138, 446/138, 447/138, 442/140, 441/143, 179/1, 492/184, 523/184, 557/184, 558/184, 559/184, 437/197, 614, 617, 618, 630, 631, 639, 640, 641, 642, 643, 649, 650, 652, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 729, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 769, 770, 771, 773, 775, 776, 780, 781, 783, 785, 788, 789, 790, 799, 834, 852, 853, 854, 855, 892

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 135/6, von der Grenze gegen das Flurstück Nr. 892 bis zu der Verbindungslinie zwischen dem südlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 136/3 und dem nördlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 631

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 793 von der Grenze gegen das Flurstück Nr. 892 bis zu der Verlängerung der Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 613 und 614 bis zum Auftreffen auf die Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 793 und 652 und der Linie, ausgehend vom nördlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 658 rechtwinklig zur Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 793 und 659 in nordwestlicher Richtung bis zum Auftreffen auf die Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 793 und 652

und die

östliche Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 893, von der Grenze gegen die Gemarkung Kessenich, bis zu der Verbindungslinie zwischen dem südlichen Grenzpunkt des Flurstücks, Gemarkung Kessenich, Flur 2, Nr. 1257/209 und dem nördlichen Grenzpunkt des Flurstücks Gemarkung Dottendorf, Flur 1, Nr. 448/138

Gemarkung Kessenich

Flur 1

Flurstücke Nr. 729/399, 730/399, 733/399, 399/8, 399/10, 399/12, 399/13, 765, 766, 768, 771, 772, 826

Flur 2

Flurstücke Nr. 1632/192, 1518/205, 1519/205, 1248/209, 1249/209, 1250/209, 1251/209, 1252/209, 1253/209, 1254/209, 1255/209, 1256/209, 1257/209, 1908, 1965, 1990, 1999, 2000, 2017, 2018, 2164, 2225, 2244, 2249, 2403, 2404, 2467, 2468, 2472, 2473

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 2459 von der Grenze gegen die Flur 1 bis zu der Linie in Verlängerung der Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 2163 und 2164 bis zum Auftreffen auf die Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 2459 und 1965

Gemarkung Plittersdorf

Flur 2

Flurstücke Nr. 178/53, 208, 215, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 265, 311, 312, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334

Flur 3

Flurstücke Nr. 157, 158

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 106/1 von der Grenze gegen die Flur 4 bis zu der Verbindungslinie zwischen dem südöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks Gemarkung Plittersdorf, Flur 2, Nr. 47 und dem südwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks Gemarkung Plittersdorf, Flur 3, Nr. 170

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 156 von der Grenze gegen das Flurstück 106/1 bis zu der Verbindungslinie zwischen dem südöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks Gemarkung Plittersdorf, Flur 2, Nr. 47 und dem südwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks Gemarkung Plittersdorf, Flur 3, Nr. 170

Flur 4

Flurstücke Nr. 16, 19, 38/6, 38/7, 38/8, 38/9, 38/10, 39/2, 43/2, 43/3, 45, 96/46, 47, 91/49, 52/4, 52/5, 52/6, 82/54, 54/2, 81/55, 61, 94/63, 105, 108, 109, 110, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 23/1 von der Grenze gegen das Flurstück Nr. 61 bis zu der Verbindungslinie zwischen dem nordöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 108 und dem südwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 104

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 59 von der Grenze gegen das Flurstück Nr. 61 bis zu der Verbindungslinie zwischen dem nordöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 108 und dem südwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 104

Flur 5

Flurstücke Nr. 658, 844, 845, 856, 857, 858, 1186, 1187, 1188, 1215

und die

Teilfläche aus dem Flurstück Nr. 894 von der Grenze gegen das Flurstück Nr. 324 bis zu der Verbindungslinie zwischen dem südöstlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 658 und dem südwestlichen Grenzpunkt des Flurstücks Nr. 856

Flur 6

Flurstück Nr. 443/3

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 20. November 1979

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.)

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Innenminister
Hirsch

– GV. NW. 1979 S. 907.

301

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung von Landwirtschaftssachen Vom 2. November 1979

Aufgrund des § 8 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21. Juli 1953 (BGBl. I S. 667), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3281), in Verbindung mit § 1 der Verordnung vom 26. September 1953 über die Ermächtigung des Landesjustizministers zum Erlass von Rechtsverordnungen gemäß § 8 des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen vom 21. Juli 1953 (GS. NW. S. 533) wird verordnet:

Artikel I

§ 1 der Verordnung zur Übertragung von Landwirtschaftssachen vom 25. August 1977 (GV. NW. S. 342), geändert durch Verordnung vom 15. Februar 1979 (GV. NW. S. 46), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 Buchstabe h) wird der Ortsname „Haltern“ gestrichen;

2. Nummer 2 Buchstabe l) erhält folgende Fassung:

„1) dem Amtsgericht Kamen
für die Amtsgerichtsbezirke Kamen und Lünen.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Düsseldorf, den 2. November 1979

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Inge Donnep

– GV. NW. 1979 S. 908.

311

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuweisung von Familiensachen Vom 2. November 1979

Aufgrund des § 23 c des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 23 c des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 26. Oktober 1976 (GV. NW. S. 368) wird verordnet:

Artikel I

§ 1 der Verordnung über die Zuweisung von Familiensachen vom 22. März 1977 (GV. NW. S. 162), geändert durch Verordnung vom 6. Februar 1979 (GV. NW. S. 44), wird wie folgt geändert:

Nummer 2 Buchstabe l) wird aufgehoben.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Düsseldorf, den 2. November 1979

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Inge Donnep

– GV. NW. 1979 S. 908.

311

Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bildung gemeinsamer Amtsgerichte für Konkursachen Vom 5. November 1979

Aufgrund des § 71 Abs. 3 der Konkursordnung in Verbindung mit der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zur Bildung gemeinsamer Amtsgerichte für Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Konkursachen vom 16. Juli 1957 (GV. NW. S. 237) wird verordnet:

Artikel I

§ 1 der Verordnung zur Bildung gemeinsamer Amtsgerichte für Konkursachen vom 10. September 1969 (GV. NW. S. 696), zuletzt geändert durch Verordnung vom 17. November 1978 (GV. NW. S. 603), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 21 erhält folgende Fassung:

21. dem Amtsgericht Gelsenkirchen
für die Amtsgerichtsbezirke Bottrop, Dorsten, Gelsenkirchen, Gelsenkirchen-Buer, Gladbeck und Marl,

2. Nummer 24 erhält folgende Fassung:

24. dem Amtsgericht Hamm
für die Amtsgerichtsbezirke Hamm, Kamen und Unna,

Artikel II

Für die Konkurs- und Vergleichsverfahren, die aus dem Bezirk des bisherigen Amtsgerichts Werne a. d. Lippe bis zum 31. Dezember 1979 bei dem Amtsgericht Hamm anhängig geworden sind, sowie für die aus diesen Vergleichsverfahren sich ergebenden Anschlußkonkursverfahren verbleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit.

Artikel III

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Düsseldorf, den 5. November 1979

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Inge Donnepp

- GV. NW. 1979 S. 908.

311

**Verordnung
zur Änderung der Ersten und Fünften
Verordnung über die Zuständigkeit
der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren
wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten
Vom 12. November 1979**

Aufgrund des § 68 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 68 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 10. Dezember 1968 (GV. NW. S. 431) wird verordnet:

Artikel I

§ 1 der Ersten Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten vom 9. Januar 1969 (GV. NW. S. 104), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Januar 1979 (GV. NW. S. 20), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 14 wird der Ortsname „Haltern“ gestrichen.
2. Als neue Nummer 18 a wird eingefügt:
„18 a. Kreis Unna:
den Amtsgerichten Unna, Lünen und Schwerte.“

Artikel II

Die Fünfte Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten vom 28. November 1974 (GV. NW. S. 1551), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Januar 1979 (GV. NW. S. 20), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird das Komma hinter „Hochsauerlandkreis“ durch das Wort „oder“ ersetzt; die Wörter „oder dem Kreis Unna“ werden gestrichen.
2. § 2 Abs. 5 wird aufgehoben.

Artikel III

Für Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten aus dem Kreis Unna, die bis zum Ablauf des 31. Dezember 1979 bei den zu diesem Zeitpunkt zuständigen Amtsgerichten anhängig geworden sind, verbleibt es bei der bisherigen Zuständigkeit.

Artikel IV

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Düsseldorf, den 12. November 1979

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Inge Donnepp

- GV. NW. 1979 S. 909.

311

**Verordnung
zur Änderung der Verordnungen
über die Zuständigkeit der Amtsgerichte
des Landes Nordrhein-Westfalen
in Strafsachen gegen Erwachsene
und in Jugendstrafsachen
Vom 14. November 1979**

Aufgrund des § 58 Abs. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen über die örtliche Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte in Strafsachen und in Urheberrechtsstreitsachen vom 11. Januar 1966 (GV. NW. S. 6), geändert durch Verordnung vom 23. November 1971 (GV. NW. S. 358),

sowie aufgrund des § 33 Abs. 4 des Jugendgerichtsgesetzes in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlaß von Rechtsverordnungen über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Jugendstrafsachen vom 11. März 1975 (GV. NW. S. 258)

und aufgrund des Artikels 3 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtseinteilung vom 6. Dezember 1933 (BGBl. III 300 - 4), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1978 (BGBl. I S. 1645), wird verordnet:

Artikel I

Es werden übertragen

1. die Sachen des Jugendrichters aus dem Amtsgerichtsbezirk Wermelskirchen vom Amtsgericht Remscheid auf das Amtsgericht Wermelskirchen;
2. die Schöffengerichtssachen mit Ausnahme der Schöffengerichtshafthsachen, die Jugendschöffengerichtssachen und die Jugendrichterhafthsachen aus dem Amtsgerichtsbezirk Lünen vom Amtsgericht Dortmund auf das Amtsgericht Lünen.

Artikel II

Die Anlage zu der Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Strafsachen gegen Erwachsene vom 30. Dezember 1961 (GV. NW. 1962 S. 9) in der Fassung der Verordnung vom 15. Juni 1970 (GV. NW. S. 503), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. Januar 1979 (GV. NW. S. 44), wird wie folgt geändert:

1. bei der lfd. Nr. 38 wird in Spalte II der Ortsname „Lünen“ gestrichen;
2. hinter der lfd. Nr. 38 wird unter einer neuen Nr. 38 a in den Spalten I und II jeweils der Ortsname „Lünen“ eingefügt;
3. bei der lfd. Nr. 39 wird in den Spalten III und IV jeweils der Ortsname „Werne a. d. Lippe“ gestrichen;
4. die lfd. Nr. 41 a wird gestrichen;
5. bei der lfd. Nr. 49 wird in den Spalten II, III und IV jeweils der Ortsname „Haltern“ gestrichen.

Artikel III

Die Anlage zu der Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen in Jugendstrafsachen vom 5. April 1972 (GV. NW. S. 84), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29. Januar 1979 (GV. NW. S. 44), wird wie folgt geändert:

1. bei der lfd. Nr. 25 wird in Spalte III der Ortsname „Wermelskirchen“ gestrichen;
2. hinter der lfd. Nr. 25 wird unter einer neuen Nr. 25 a in den Spalten I und III jeweils der Ortsname „Wermelskirchen“ eingefügt;
3. bei der lfd. Nr. 66 wird in den Spalten II und IV jeweils der Ortsname „Lünen“ gestrichen;

4. bei der lfd. Nr. 68 wird in den Spalten II und IV jeweils der Ortsname „Lünen“ eingefügt;
5. die lfd. Nrn. 71 a und 76 a werden gestrichen;
6. bei der lfd. Nr. 78 wird in Spalte IV der Ortsname „Haltern“ gestrichen.

Artikel IV

Die bei dem Schöffengericht und bei dem Jugendschöffengericht Werne a. d. Lippe anhängigen Verfahren gehen in der Lage, in der sie sich befinden, auf die entsprechenden Spruchkörper des Amtsgerichts Lünen über. Im übrigen verbleibt es für die Verfahren, die am 31. Dezember 1979 anhängig sind, bei der bisherigen Zuständigkeit.

Artikel V

Die für das Schöffengericht und für das Jugendschöffengericht bei dem Amtsgericht Dortmund gewählten Schöffen und Jugendschöffen mit Wohnsitz in Lünen, die

für das Schöffengericht und für das Jugendschöffengericht bei dem Amtsgericht Lüdninghausen gewählten Schöffen und Jugendschöffen mit Wohnsitz in Selm sowie die am 31. Dezember 1979 noch vorhandenen Schöffen, Jugendschöffen und Hilfsschöffen des Amtsgerichts Werne a. d. Lippe werden für den Rest ihrer Amtszeit den entsprechenden Spruchkörpern des Amtsgerichts Lünen zugeteilt.

Artikel VI

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Düsseldorf, den 14. November 1979

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Inge Donnep

– GV. NW. 1979 S. 909.

91

Verordnung

über die Festlegung eines Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Neubau der Bundesautobahn 52 zwischen der Frillendorfer Straße (L 191) in Frillendorf und der A 42 in Altenessen im Bereich der Stadt Essen

Vom 29. Oktober 1979

Aufgrund des § 9a Abs. 3 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1974 (BGBl. I S. 2413), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2221), in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung des Bundesfernstraßengesetzes vom 11. März 1975 (GV. NW. S. 259), geändert durch Verordnung vom 11. Mai 1976 (GV. NW. S. 167), wird nach Anhörung der Stadt Essen verordnet:

§ 1

(1) Zur Sicherung der Planung für den Neubau der Bundesautobahn 52 (Roermond–Düsseldorf–Essen–Gladbeck) wird ein Planungsgebiet in der Stadt Essen festgelegt. Es wird durch eine Linie begrenzt, die bei Punkt 1 beginnt, über die Punkte 2 bis 92 verläuft und wieder bei Punkt 1 endet.

Die Lagebezeichnung der Punkte ist nachstehend aufgeführt:

Pkt. Nr.	Lagebezeichnung			
Gemarkung Frillendorf				
1	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 3	Nr. 53
2	nordöstliche	Ecke des Hauses Elisabethstraße 66 im Flurstück	Flur 2	Nr. 108
3	östlichste	Ecke des Flurstücks	Flur 2	Nr. 108
4	südwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 15	Nr. 76
5	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 15	Nr. 250
6	nördlichste	Ecke des Flurstücks	Flur 14	Nr. 389
7	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 14	Nr. 389
8	nordöstliche	Ecke des Hauses Frillendorfer Straße 180 im Flurstück	Flur 14	Nr. 484
9	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 14	Nr. 463
10	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 15	Nr. 252
11	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 1	Nr. 73
12	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 1	Nr. 71
13	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 1	Nr. 62
Gemarkung Stoppenberg				
14	nördliche	Ecke des Hochspannungsmastes im Flurstück	Flur 35	Nr. 136
15	nördliche	Ecke des Hochspannungsmastes im Flurstück	Flur 24	Nr. 14

Pkt. Nr.	Lagebezeichnung			
Gemarkung Essen				
16	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 92	Nr. 249
17	nordöstliche	Ecke des Gebäudes an der Stoppenberger Straße im Flurstück	Flur 23	Nr. 112
Gemarkung Stoppenberg				
18	südwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 22	Nr. 67
19	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 22	Nr. 51
20	südwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 22	Nr. 38
21	südwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 22	Nr. 19
Gemarkung Altenessen				
22	östliche	Ecke des Flurstücks	Flur 36	Nr. 146
23	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 36	Nr. 143
24	nördlichste	Ecke des Flurstücks	Flur 36	Nr. 312
25	östlichste	Ecke des Flurstücks	Flur 36	Nr. 411
26	östliche	Ecke des Flurstücks	Flur 36	Nr. 12
27	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 37	Nr. 202
28	östliche	Ecke des Flurstücks	Flur 37	Nr. 217
29	nordöstlichste	Ecke des Flurstücks	Flur 34	Nr. 155
30	nordöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 34	Nr. 75
31	südöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 215
32	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 215
33	südliche	Ecke des Hauses Inselstraße 16 im Flurstück	Flur 27	Nr. 250
34	südwestliche	Ecke des Hauses Inselstraße 16 im Flurstück	Flur 27	Nr. 250
35	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 315
36	nordöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 336
37	westliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 346
38	nordöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 19
39	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 30
40	nordwestliche	Ecke des Hauses Schonfeldstraße 113 im Flurstück	Flur 27	Nr. 30
41	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 21	Nr. 25
42	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 21	Nr. 31
43	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 21	Nr. 31
44	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 14	Nr. 284
45	südöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 14	Nr. 70
46	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 14	Nr. 70
47	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 14	Nr. 231
Gemarkung Vogelheim				
48	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 43	Nr. 117
49	südöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 43	Nr. 152
Gemarkung Altenessen				
50	südwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 11	Nr. 92
51	nordwestliche	Ecke des Gebäudes Johanniskirchstraße 102 im Flurstück	Flur 11	Nr. 311
52	südwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 12	Nr. 47
53	südwestliche	Ecke der Halle im Flurstück	Flur 12	Nr. 15
54	nordwestliche	Ecke des Gebäudes Teilungsweg 30 im Flurstück	Flur 12	Nr. 14
55	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 13	Nr. 196
56	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 13	Nr. 4
57	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 13	Nr. 193
58	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 13	Nr. 46
59	nordwestliche	Ecke des Hauses Vogelheimer Str. 89 im Flurstück	Flur 13	Nr. 90
60	südliche	Ecke des Hauses Vogelheimer Straße 89 im Flurstück	Flur 13	Nr. 90
61	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 21	Nr. 3

Pkt. Nr.		Lagebezeichnung		
62	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 21	Nr. 63
63	nordwestliche	Ecke des Hauses Schonnefeldstraße 94 im Flurstück	Flur 21	Nr. 61
64	südliche	Ecke des Hauses Schonnefeldstraße 94 im Flurstück	Flur 21	Nr. 61
65	nordwestliche	Ecke des Hauses Schonnefeldstraße 85 im Flurstück	Flur 27	Nr. 47
66	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 47
67	südliche	Ecke des Hauses Bückmannsmühle Nr. 26 im Flurstück	Flur 27	Nr. 10
68	südlichste	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 10
69	nordwestliche	Ecke des Hauses Pielstickerstraße 39 im Flurstück	Flur 27	Nr. 157
70	nordwestliche	Ecke des Hauses Pielstickerstraße 27 im Flurstück	Flur 27	Nr. 462
71	südwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 462
72	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 179
73	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 144
74	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 27	Nr. 498
75	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 26	Nr. 257
76	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 34	Nr. 8
77	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 34	Nr. 148
78	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 35	Nr. 9
79	nordöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 36	Nr. 365
80	östliche	Ecke des Flurstücks	Flur 36	Nr. 367
81	südwestliche	Ecke des Flurstücks (Twentmannstr.)	Flur 36	Nr. 394
Gemarkung Stoppenberg				
82	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 8	Nr. 80
83	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 8	Nr. 65
84	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 19	Nr. 1
85	nordöstliche	Ecke des Flurstücks (Esternhovede)	Flur 20	Nr. 12
86	südwestliche	Ecke des Flurstücks (Esternhovede)	Flur 20	Nr. 12
87	nördliche	Ecke des Flurstücks	Flur 26	Nr. 9
88	südöstliche	Ecke des Flurstücks	Flur 26	Nr. 9
89	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 26	Nr. 17
90	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 26	Nr. 17
91	südliche	Ecke des Flurstücks	Flur 35	Nr. 53
Gemarkung Frillendorf				
92	nordwestliche	Ecke des Flurstücks	Flur 1	Nr. 54

(2) Auf die Festlegung des Planungsgebietes wird in der Stadt Essen hingewiesen. Das Planungsgebiet und seine Grenzen sind aus einer Karte ersichtlich, die während der Dauer der Festlegung des Planungsgebietes bei der Stadtverwaltung Essen während der Dienststunden zur Einsicht ausliegt.

§ 2

(1) Auf den im Planungsgebiet liegenden Flächen dürfen wesentlich wertsteigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden.

(2) Ausnahmen von dieser Veränderungssperre können nach § 9 a Abs. 5 FStrG nur im Einzelfall und nur insoweit zugelassen werden, als überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Über Ausnahmen entscheidet der Landschaftsverband Rheinland.

(3) Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vor dem Inkrafttreten der Verordnung begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden hiervon nicht berührt (§ 9 a Abs. 1 Satz 2 FStrG).

(4) Zuwiderhandlungen nach Absatz 1 können gemäß § 23 Abs. 1 Nr. 10 FStrG als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren (§ 18 Abs. 3 FStrG) oder zu dem Zeitpunkt, zu dem den Betroffenen in einem vereinfachten Planfeststellungsverfahren Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen (§ 18 Abs. 7 FStrG), außer Kraft, spätestens jedoch zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten.

Düsseldorf, den 29. Oktober 1979

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Riemer

– GV. NW. 1979 S. 910.

97

**Verordnung NW TS Nr. 5/79
zur Änderung der Verordnung NW TS Nr. 1/77
über einen Tarif für die Beförderung
von Getreide im Dauereinsatz im allgemeinen
Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz)
in Nordrhein-Westfalen
Vom 27. November 1979**

Aufgrund des § 84 g des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juli 1979 (BGBl. I S. 960), sowie aufgrund des § 4 der Verordnung über die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen und über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 362), zuletzt geändert durch Verordnung vom 2. September 1975 (GV. NW. S. 545), wird im Benehmen mit den Bundesministern für Verkehr und für Wirtschaft verordnet:

Artikel I

Die Verordnung NW TS Nr. 1/77 über einen Tarif für die Beförderung von Getreide im Dauereinsatz im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen vom 31. Januar 1977 (GV. NW. S. 62), geändert durch Verordnung vom 17. November 1977 (GV. NW. S. 387), wird wie folgt geändert:

§ 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 1979 außer Kraft.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 27. November 1979

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Liselotte Funcke

– GV. NW. 1979 S. 913.

2061

**Gesetz
zur Änderung des Straßenreinigungsgesetzes NW
(StrReinG NW)**

Vom 11. Dezember 1979

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Das Straßenreinigungsgesetz NW (StrReinG NW) vom 13. Dezember 1975 (GV. NW. S. 706), geändert durch Gesetz vom 18. September 1979 (GV. NW. S. 552), wird wie folgt geändert:

1. § 3 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Gemeinden erheben von den Eigentümern der durch die Straße erschlossenen Grundstücke als Gegenleistung für die Kosten der Straßenreinigung eine Benutzungsgebühr nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes. Das Gesamtgebührenaufkommen darf 75 vom Hundert der Gesamtkosten der Straßenreinigung im Gemeindegebiet nicht übersteigen. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.

(2) Die Gemeinden können bei der Festsetzung der Benutzungsgebühr der Bedeutung der Straßen für den Anliegerverkehr sowie für den inner- und überörtlichen Verkehr Rechnung tragen.“

2. § 4 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Gemeinden können die Reinigung der Gehwege durch Satzung den Eigentümern der an die Gehwege angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke auferlegen. Die Reinigung der Fahrbahnen können die Gemeinden den Eigentümern der an die Straße angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke übertragen, soweit dies unter Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse zumutbar ist. Für die Winterwartung können gesonderte Regelungen getroffen werden. Ist das Grundstück mit einem Erbbaurecht belastet, so tritt an die Stelle des Eigentümers der Erbbauberechtigte.“

3. Die §§ 6 bis 9 werden §§ 5 bis 8.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

Düsseldorf, den 11. Dezember 1979

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Innenminister
Hirsch

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
L. Funcke

– GV. NW. 1979 S. 914.

92

Verordnung
über die Bestimmung der zuständigen Behörden
und Sachverständigen für die Ausführung
des Europäischen Übereinkommens vom
30. September 1957 über die internationale
Beförderung gefährlicher Güter
auf der Straße (ADR)
Vom 4. Dezember 1979

Aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 1979 (GV. NW. S. 488), wird nach Anhörung des Verkehrsausschusses des Landtags verordnet:

§ 1

Zuständige Behörde für die Durchführung des Anhangs B. 1 a der Anlage B zum Europäischen Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) in der Fassung der ADR-Neufassungsverordnung vom 4. November 1977 (BGBl. II S. 1190), geändert durch Verordnung vom 13. November 1978 (BGBl. II S. 1329), ist das Staatliche Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen.

§ 2

(1) Zuständige Behörde nach Randnummer 10 108 der Anlage B zum ADR ist die Kreisordnungsbehörde, in deren Bezirk beladen oder abgeladen werden soll.

(2) Zuständige Behörde nach Randnummer 10 171 und Randnummer 10 507 der Anlage B zum ADR ist die Kreispolizeibehörde, in deren Bezirk das Fahrzeug hält oder parkt.

(3) Zuständige Behörde nach den Randnummern 11 407, 21 407 und 61 407 der Anlage B zum ADR ist die Kreisordnungsbehörde, in deren Bezirk verladen oder abgeladen werden soll.

(4) Zuständige Behörde nach den Randnummern 11 509, 21 509, 52 509 und 61 509 der Anlage B zum ADR ist die Kreisordnungsbehörde, in deren Bezirk das Fahrzeug länger halten soll.

§ 3

Zuständig für die Aufgaben der behördlich anerkannten Sachverständigen nach den Vorschriften des Anhangs B. 1 a der Anlage B zum ADR sind,

1. soweit es sich um Baumusterprüfungen handelt, die amtlichen oder amtlich für Prüfungen von Anlagen nach § 24 Abs. 3 Nr. 2 oder 9 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Januar 1978 (BGBl. I S. 97), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 1979 (BGBl. I S. 1432), anerkannten Sachverständigen nach § 24 c der Gewerbeordnung,
2. im übrigen neben den Sachverständigen nach Nummer 1 die nach Rechtsverordnungen auf Grund des § 24 Abs. 1 der Gewerbeordnung für die Prüfung von Anlagen nach § 24 Abs. 3 Nr. 2 oder 9 der Gewerbeordnung amtlich anerkannten Sachverständigen.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Dezember 1979

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
L. Funcke

Einzelpreis dieser Nummer 2,60 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (02 11) 36 03 01 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 34,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 68,80 DM (Kalenderjahr). Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 6 88 82 93/2 94, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,60 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf